

druckerei Göttingen-Zürich den Thatbestand strafbarer Handlungen, nämlich der Vergehen gegen die §§ 95, 166 des Strafgesetzbuchs enthalten.

II. Die Revision erachtet weiter die Strafbestimmung des § 21 des Preßgesetzes*) auf die Beschwerdeführer deshalb nicht anwendbar, weil hinsichtlich ihrer der Schlußsatz dieser Bestimmung zutrefte, wonach der Verbreiter ausländischer Druckschriften straffrei ist, wenn ihm dieselben im Wege des Buchhandels zugekommen sind. Auch diese Beschwerde ist unbegründet.

Der Instanzrichter hat folgendes festgestellt: Der Angeklagte M. betreibt gewerbsmäßig den Buchhandel; insbesondere vertreibt er sozialistische Druckschriften. Hierbei bedient er sich der Hilfe von Kolporteurs, als welche die Beschwerdeführer zeitweise fungiert haben und zum Teil noch jetzt fungieren. M. hat die beiden oben erwähnten, im Auslande erschienenen Druckschriften Antisyllabus und Ceterum censeo zu verschiedenen Malen, im ganzen in 700 bis 800 Exemplaren, aus der Buchhandlung des Grütti-Vereins in Zürich bezogen. Er hat die beiden Druckschriften durch die genannten Kolporteurs, die Beschwerdeführer, in der Weise vertreiben lassen, daß er jedem eine Anzahl ausshändigte, die der Kolporteur gegen Bezahlung eines bestimmten Preises durch Auffuchen von Abonnenten oder sonst Kaufstüßigen, oder auch in öffentlichen Versammlungen abzugeben, oder, soweit ihm das nicht gelang, an M. zurückzugeben hatte. Auf diese Weise hat jeder der Beschwerdeführer eine mehr oder weniger große Anzahl von Exemplaren beider Druckschriften abgesetzt.

Gegen M. ist festgestellt, daß er deren Inhalt zwar gekannt hat, des strafbaren Charakters desselben aber sich nicht bewußt gewesen ist. Dadurch ist seine Verurteilung wegen Vergehens gegen die §§ 95, 166 des Strafgesetzbuchs für ausgeschlossen erachtet worden. Er ist aber auch nicht aus § 21 des Preßgesetzes verurteilt, sondern freigesprochen, weil es sich um ausländische Druckschriften handelt, und weil sie von M. als Buchhändler zur Verbreitung bezogen, mithin ihm im Wege des Buchhandels zugekommen seien. Dagegen wird die Anwendbarkeit der Strafbestimmung des § 21 des Preßgesetzes, und insbesondere die Nichtanwendbarkeit des Schlusssatzes dieses Paragraphen auf die Verbreitungsthatigkeit der Beschwerdeführer damit begründet, daß von ihnen die Druckschriften öffentlich verbreitet seien, daß ihre Angabe, sie nicht gelesen zu haben, zwar glaubhaft sei, daß dies aber nur den Mangel pflichtmäßiger Sorgfalt darthue, die sie nachzuweisen hätten oder statt deren sie Umstände hätten nachweisen müssen, die die Anwendung jener Sorgfalt unmöglich gemacht habe. In Ermangelung solchen Nachweises seien sie als fahrlässige Verbreiter anzusehen, und da sie nur als Gehilfen des M. fungiert, für denselben die Exemplare verbreitet haben, die sie zu diesem Zweck von ihm erhalten hatten, so könne bei ihnen nicht davon die Rede sein, daß ihnen die Druckschriften im Wege des Buchhandels zugekommen seien.

Die Begründung der die Nichtanwendbarkeit des Schlusssatzes von § 21 betreffenden Negativfeststellung kann zu Bedenken Anlaß geben, insofern dabei anscheinend entscheidendes Gewicht darauf gelegt worden ist, daß die Beschwerdeführer die Druckschriften nicht von dem Buchhändler gekauft, nicht auf eigene Rechnung vertrieben, sondern sie nur im Auftrage als Gehilfen des M. verbreitet haben. Die Entscheidung selbst dagegen ist frei von Rechtsirrtum.

Die in Rede stehende Schlußbestimmung des § 21 fehlt sowohl in dem § 21 des Reichstags am 11. Februar 1874 vorgelegten Regierungsentwurfs des Preßgesetzes (Drucksachen des Reichstags, 2. Legislaturperiode, I. Session vom Jahre 1874, Anlage 23), als auch in dem den § 21 des Preßgesetzes mit gewissen hier nicht in Betracht kommenden

Abänderungen entsprechenden § 25 der Druckvorlage des von der Reichstagskommission aufgestellten Gesetzentwurfs (angezogene Drucksachen Anlage 67). Bei der Verhandlung über diesen Entwurf in zweiter Lesung ist die Aufnahme des Schlusssatzes — (Straflosigkeit des Verbreiters ausländischer Druckschriften auch dann, wenn ihm dieselben im Wege des Buchhandels zugekommen sind) — von dem Referenten, Abgeordneten Dr. Marquardsen mit der Motivierung beantragt worden, die Aufnahme desselben sei ein Beschluß der Kommission gewesen, und nur im Laufe des Druckes sei der betreffende Passus aus der Vorlage ausgefallen (Verhandlungen des Reichstags vom Jahre 1874 Seite 472). Der Schlußsatz ist sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen worden, ohne daß er den Gegenstand irgend welcher Debatte gebildet hat.

Entsprechende Bestimmungen fanden sich bereits in Artikel 15 des Großherzoglich sachsen-weimarschen Preßgesetzes vom 25. Juli 1868 und in Artikel 21 a des Königlich sächsischen Preßgesetzes vom 24. März 1870. Beide Gesetze, Art. 13 des ersteren, Art. 2) des letzteren, hatten — wenn auch in verschiedenem Umfange, der erstere ausschließlich, der letztere ausnahmsweise — das System der stufenweisen strafrechtlichen Verantwortlichkeit der bei der Herstellung und Verbreitung eines Preßerzeugnisses strafbaren Inhalts beteiligten Personen adoptiert. Die Bestimmung des Art. 21 a des Königlich sächsischen Gesetzes lautete, inhaltlich völlig übereinstimmend mit der des Art. 15 des Großherzoglich sächsischen Gesetzes, dahin:

„Die Bestimmung des Art. 20 unter 4 über die Bestrafung des Verbreiters ist auf den Buchhandel nur insoweit anwendbar, als er ein strafbares Preßerzeugnis weiter giebt, welches ihm nicht auf dem Wege des ordentlichen Buchhandels zugekommen ist.“

Der Zweck dieser zwischen in- und ausländischen Druckschriften nicht unterscheidenden Bestimmung war, wie dies auch in den Motiven des Königlich sächsischen Gesetzes (Landtagsakten 1869/70 1. Abteilung, 2. Band Seite 155) ausdrücklich ausgesprochen ist, erkennbar der, eine Erleichterung im Interesse des Buchhandels einzuführen. Der Vorschrift in Artikel 20, welche Ordnungsstrafen für die bei Herstellung und Verbreitung von Druckschriften strafbaren Inhalts Beteiligten festsetzt, liegt der Gedanke zu Grunde, daß für jeden dieser Beteiligten die Verpflichtung besteht, vor Weitergabe der Druckschrift sie auf die Strafbarkeit ihres Inhalts hin zu prüfen. Diese Verpflichtung dem Buchhändler aufzulegen wurde für unbillig erachtet, da ihre Erfüllung für ihn nicht oder doch nicht ohne Schädigung des legitimen Geschäfts möglich sein würde. Es sollte dem Buchhändler nicht angeonnen werden, die Druckschriften, die ihm in seinem Gewerbe in Menge zufließen und rasche Weiterbeförderung erheischen, vor solcher durchzulesen und die vorbezeichnete Prüfung mit ihnen anzustellen. Der gleiche Gesichtspunkt liegt offenbar auch der in § 21 des Reichs-Preßgesetzes enthaltenen Schlußbestimmung zu Grunde, während die Beschränkung derselben auf ausländische Druckschriften daraus sich erklären dürfte, daß bei der buchhändlerischen Verbreitung von im Inlande erschienenen Druckschriften die Gefährdung, welche die Strafbestimmung des § 21 für den Buchhändler mit sich bringen könnte, schon dadurch für hinreichend ausgeschlossen erachtet wurde, daß ihm bei solcher durch Benennung des der inländischen Strafjustiz zugänglichen Vormannes hinreichender Schutz davor gewährt sei, durch ungeprüftes Weitergeben der Druckschrift sich straffällig zu machen.

Aus Inhalt und Entstehungsgeschichte der Vorschrift ergibt sich hiernach so viel mit Gewißheit, daß, wenn die den Schutz des Buchhandels bezweckende Bestimmung von dem Verbreiter spricht, dem die Schrift im Wege des Buchhandels zugekommen ist, mit diesem Verbreiter nur derjenige gemeint sein kann, der in Ausübung seines buchhändlerischen Gewerbes die Schrift empfangen hat, daß aber damit nicht hat der Fall getroffen werden sollen, daß eine dem Buchhändlerstande nicht angehörende Person die Schrift vom Buchhändler empfängt und sodann, ohne damit ein von ihr garnicht betriebenes buchhändlerisches Gewerbe auszuüben, weitergiebt und damit verbreitet. Die Anwendbarkeit der Vorschrift ist daher, wie dies auch in den erwähnten früheren Gesetzen ausdrücklich ausgesprochen war, schlechthin auf die Person des Buchhändlers und, wie sich dann aus der Bestimmung ohne weiteres ergibt, auf die von diesem in Ausübung seines Gewerbes geschehende Verbreitung der ausländischen Druckschrift beschränkt.

Daß hiernach die Beschwerdeführer für ihre Person nicht in der Lage sind, aus der Schlußbestimmung des § 21 ihre Straflosigkeit abzuleiten, liegt auf der Hand. Sie sind nicht Buchhändler. Das ist von ihnen selbst nicht behauptet, und die Feststellungen ergeben nichts, was darauf hindeutete, daß sie das Gewerbe als Buchhändler betreiben, daß heißt, daß sie selbständig auf eigene Rechnung mit dem gewerbsmäßigen Vertriebe von Erzeugnissen des Buchhandels sich befassen. Aber auch auf Grund des Verhältnisses zu dem Buchhändler M. können die Beschwerdeführer weder auf Grund des Schlusssatzes von § 21 noch nach allgemeinen Grundsätzen ihre Straflosigkeit geltend machen. Die Revision vertritt die Anwendbarkeit der Schlußbestimmung aus dem Grunde, weil die Beschwerdeführer, als Kolporteurs, Gehilfen des Buchhändlers M. gewesen seien, dieser aber die Schriften in Ausübung seines Buchhandlungsgewerbes an sie zur weiteren Verbreitung gegeben habe. Sie hätten daher gleichfalls die Schriften im Wege des Buchhandels erlangt; wollte man das Gegenteil annehmen, so würde

*) § 21 des Preßgesetzes lautet:

Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind

der verantwortliche Redakteur,

der Verleger,

der Drucker,

derjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmäßig vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter),

soweit sie nicht nach § 20 als Thäter oder Teilnehmer zu bestrafen sind, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu belegen, wenn sie nicht die Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.

Die Bestrafung bleibt jedoch für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, oder, wenn es sich um eine nicht periodische Druckschrift handelt, als den Herausgeber derselben, oder als einen der in obiger Reihenfolge vor ihr Benannten eine Person bis zur Verkündung des ersten Urteils nachweist, welche in dem Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates sich befindet, oder falls sie verstorben ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung befunden hat; hinsichtlich des Verbreiters ausländischer Druckschriften außerdem, wenn ihm dieselben im Wege des Buchhandels zugekommen sind.

Neunundfünfzigster Jahrgang.